

Resolutionsvorschlag an die Regierung der DG im Hinblick auf die Verbesserung der Altersvorsorge und zur zusätzlichen Sicherung der Pflege älterer Menschen; zur Unterstützung der Einführung von Seniorengenossenschaften auf dem Gebiet der deutschsprachigen Gemeinschaft.

Begründung

Durch den demographischen Wandel wird sich die Zahl der älteren Menschen in der DG in den kommenden Jahren erhöhen. Ab 2025 rechnet man damit, dass die Gruppe der über 85 Jährigen stark ansteigt. Dazu kommt der Austritt der Babyboom-Generation aus dem Erwerbsleben und somit ein Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter. Auch wird es weniger jüngere Menschen in unserer Gemeinschaft geben. Schon heute kommen in der DG zwei Personen für einen Rentner oder Kind auf. Ab 2025 soll es aber genauso viele Erwerbstätige wie Kinder und Rentner geben. Was die Versorgung älterer Menschen in Zukunft schwierig macht, vor allem werden sich hier finanzielle Probleme ergeben.

Auch fehlt es in vielen Bereichen an gesellschaftlichen Zusammenhalt, Vereinsamungserscheinungen, wie in städtischen Gebieten bekannt, treten auch mehr und mehr in unserem ländlichen Gebieten auf.

Viele Senioren sind noch rüstig bis ins hohe Alter und möchten deshalb noch lange selbstbestimmt und in vertrauter Umgebung leben. Auch wenn sie irgendwann hilfsbedürftig werden. In diesem Fall kann man auf die verschiedenen Dienstleistungsanbieter zurückgreifen.

Es muss aber damit gerechnet werden, dass die bisherigen Systeme nicht mehr ausreichen um die Lebensbedingungen der älteren Bürger zu gewährleisten, und alle nicht finanziell tragbar sind.

Um dies zu vermeiden, müssen andere Möglichkeiten in Betracht gezogen werden; die Verantwortlichen der DG haben hier Vorsorge zu leisten.

Unser Vorschlag zielt dahin, Bürgergenossenschaften zu gründen, in welchen sich Bürger zusammenschließen, die sich gegenseitig helfen indem sie verschiedene alltägliche Aufgaben erledigen; und erhalten hierfür eine Vergütung in Form der eingesetzten Zeit. In erster Linie wären diese als Seniorengenossenschaften gedacht, wobei man dies in einer späteren Phase weiter entwickeln könnte.

Als Beispiel ein junger Mann hilft seiner Nachbarin beim Rasenmähen,

- oder ein rüstiger Rentner hilft seiner Nachbarin bei der Gartenarbeit,
- oder eine junge Frau hilft einer Rentnerin im Haushalt,
- oder eine pensionierte Lehrerin hilft jungen Menschen bei den Hausaufgaben.

Für jede Stunde die sie arbeiten, erhalten sie eine Stunde auf einem Zeitkonto gutgeschrieben. Wenn sie dann, Jahre später selbst auf Hilfe angewiesen sind, Können sie dann von diesem Stundenkonto profitieren und auf Hilfe von anderen Mitgliedern der Genossenschaft zurückgreifen.

In Japan, benutzt man hierfür den Begriff Zeitwährung.

Die Helfer erhalten ein Stundenkonto welches sie ansparen können, und das sie abrufen können, wenn sie später selbst einmal Hilfe brauchen. Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Einführung von Seniorengenossenschaften in der DG, könnten komplementär zu den anderen Anbietern viele Dienstleistungen für ältere Menschen garantieren, die nicht oder nicht genügend vorhanden sind, außerdem würden sie auch die öffentlichen Kassen entlasten.

Beispiele aus Deutschland oder Japan verdeutlichen, dass sie das bürgerschaftliche Engagement stärken und somit den Zusammenhalt der Generationen in einer Gesellschaft.

Auch sind sie eine Chance für die Erhaltung der Autonomie und Lebensqualität im Alter. Die Regierung hat in ihrem Regionalen Entwicklungskonzept vorgesehen, die Lebensqualität älterer Menschen zu gewährleisten, dazu könnten Seniorengenossenschaften beitragen.

Positiv wirkt sich in solchen Systemen, auch ein mitgliederbestimmtes und dadurch bedarfsorientiertes Leistungsprofil aus, wodurch sich die Initiativen von anderen Organisationen unterscheiden, da bei den Seniorengenossenschaften sowohl die Leistungserbringer, als auch die Leistungsnehmer mitbestimmen können.

Hier wird zum einem Hilfe für ältere Menschen organisiert und zum anderen das Potential älterer Menschen genutzt.

Im deutschen Bundesland Baden-Württemberg beschäftigt man sich schon seit Jahren mit Seniorengenossenschaften.

Wie am Beispiel der Seniorengenossenschaft Riedling (D), eine Kleinstadt von 9.000 Einwohnern in Oberschwaben mit mittlerweile 650 Mitgliedern. Der gesamte Raum ist wirtschaftlich schwach besiedelt mit schlechter Verkehrserschließung, ähnlich wie im Süden der DG, dies führt zu einem Abwandern junger Leute.

Der Anteil älterer Menschen liegt deutlich über den Durchschnitt.

Diese Bevölkerungsentwicklung war Anlass für die Gründung einer Seniorengenossenschaft.

Es war nach bisheriger Erfahrung im sozialen Bereich nicht möglich genügend Leute zu gewinnen, wenn die Mitarbeit rein ehrenamtlich ist.

Durch das Konzept von „Hilfe zur Selbsthilfe“ zieht die Seniorengenossenschaft mehr Menschen an und kann somit hier Abhilfe schaffen.

Ein weiteres Projekt der SG Riedlingen war der Bau einer Seniorenwohnanlage, diese umfasst 71 Wohnungen. Sie können dann an Senioren vermietet oder verkauft werden. Auch in der DG gibt es zu wenig seniorengerechte Wohnungen. Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität ist es eine Herausforderung die Eingangstür, „da oft viele Stufen“ zu erreichen.

Und nicht zuletzt sind Seniorengenossenschaften, mehr als die zu häufig im Alter verabreichten Psychopharmaka ein gutes Mittel gegen Vereinsamung und gegen Alters-Depression, da deren Mitglieder einsamen älteren Menschen Gesellschaft leisten können und stärkere soziale Bindungen generationsübergreifend erschaffen werden.

Soziale Bürgergenossenschaften gehen noch einen Schritt weiter, und wirken zusätzlich generationsübergreifend.

Seniorengenossenschaften sind ein Bindeglied von Alt und Jung, zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Was kann eine Seniorengenossenschaft bieten?

- Hilfe bei Haushalts- und Gartenarbeiten
- Hilfe bei Einkäufen
- Kleine Reparaturarbeiten
- Begleitung zum Arzt
- Essen auf Rädern
- Betreutes Wohnen
- Betreuung bei vorübergehender Krankheit zu Hause
- Beratung bei administrativen Angelegenheiten (ausfüllen von Formularen)
- Gesellschaft leisten
- Haustierbetreuung

Der Auf- und Ausbau gegenseitiger Unterstützung in koordinierten verlässlichen, autonom verwalteten und finanzierten Selbsthilfestrukturen können Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit bieten.

VORSCHLAG

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in Anbetracht der Tatsache

- dass es in Zukunft immer mehr ältere Menschen gibt und somit auch die Zahl der Hilfsbedürftigen steigen wird
- dass es auch in der DG, immer mehr Senioren ohne Familienangehörige geben wird und diese auf fremde Hilfe angewiesen sind.
- dass nicht alle Dienstleistungsanbieter den Herausforderungen des demographischen Wandels gewachsen sind
- dass „Altersdepressionen“ mehr und mehr zunehmen und die Vereinsamung bei Senioren ein seriös zu nehmendes Problem darstellt.
- dass auch die bestehenden Sozialsysteme mehr und mehr an ihre Grenzen stoßen und durch die Folgen des demographischen Wandels finanziell mehr belastet werden.
- dass der gesellschaftliche Zusammenhalt, aufgrund des demographischen Wandels mehr und mehr auf die Probe gestellt wird.
- dass die Regierung der DG in ihrem „Regionalen Entwicklungskonzept“ vorgesehen hat die Lebensqualität älterer Menschen zu gewährleisten.

- dass Seniorengenossenschaften als Grundlage neuer Konzepte zur generationsübergreifenden „Hilfe zur Selbsthilfe“ dienen könnten, und so zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, und zur Entlastung der öffentlichen Kassen.

Fordert die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf,

- sich intensiv mit den Konzepten von Seniorengenossenschaften auseinanderzusetzen
- die Möglichkeiten der Schaffung von Seniorengenossenschaften auf dem Gebiet der DG zu prüfen
- zu prüfen ob die bekannten Konzepte von Seniorengenossenschaften ausgeweitet werden könnten auf die gesamte Gesellschaft, zur Gründung von sozialen Bürgergenossenschaften.
- sich unterstützend dafür einzusetzen Seniorengenossenschaften auf dem Gebiet der DG zu gründen.

beauftragt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

diese Forderung unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu vertreten.

Michael Balter

Alain Mertens

Vivant Fraktion im PDG – Platz des Parlamentes 1 – 4700 Eupen